

(A) Frage 66

Antwort

der Parl. Staatssekretärin **Christine Lambrecht** auf die Frage des Abgeordneten **Stefan Schmidt** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Zu welchem Ergebnis kam nach Kenntnis der Bundesregierung die im Jahr 2018 von den Finanzbehörden unter anderem in Hamburg und Nordrhein-Westfalen gestellte Gruppenanfrage an die irischen Finanzbehörden, bei der nach den Daten von Vermieterinnen und Vermietern von Wohnungen gefragt wurde, die auf der Homesharing-Plattform Airbnb Wohnungen zur Zwischenmiete anbieten, um den Verdacht auf Steuerhinterziehung prüfen zu können, und wie viele Strafverfahren wegen des Verstoßes gegen das Steuerrecht wurden daraufhin eingeleitet (vergleiche www.lto.de/recht/hintergruende/h/gruppenanfrage-irland-airbnb-steuerhinterziehung-mieteinnahmen-selbstanzeige)?

Im Rahmen des zwischenstaatlichen Informationsaustausches stellen Gruppenanfragen eine besondere Art steuerlicher Auskunftersuchen dar. Sie sind besonders geeignet, Ansätze für die Ermittlung von Sachverhalten mit Auslandsbezug aufzuzeigen, bei denen der Verdacht auf steuerunehrliches Verhalten im Raum steht. Das Bundeszentralamt für Steuern unterstützt als zuständige Behörde für den steuerlichen Informationsaustausch die Landesfinanzbehörden bei solchen Ermittlungsmaßnahmen. Konkrete Angaben zu bestimmten Vorgängen des Informationsaustausches und der von ihm betroffenen Beteiligten können allerdings aus Gründen der durch

EU- und Völkervertragsrecht angeordneten Vertraulichkeit und des Steuergeheimnisses nicht gemacht werden. **(C)**

Frage 67

Antwort

der Parl. Staatssekretärin **Christine Lambrecht** auf die Frage des Abgeordneten **Omid Nouripour** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Wurden nach Kenntnis der Bundesregierung seit Beginn des Bürgerkrieges 2015 Banknoten aus Deutschland an die jemenitische Zentralbank in Sanaa oder Aden geliefert, und, wenn ja, inwiefern waren daran Unternehmen in öffentlichem Besitz beteiligt?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

Anlage 3**Zu Protokoll gegebene Ergänzung**

der mündlichen Antwort des Parl. Staatssekretärs **Dr. Günter Krings** auf die Frage 9 der Abgeordneten **Gökay Akbulut** (DIE LINKE):

Die bereits in die Bundesrepublik überstellten Personen im Sinne der Fragestellung wurden wie folgt auf die Bundesländer verteilt:

(B)

	Malta	Italien	Gesamt
Baden-Württemberg	21		21
Bayern	15	9	24
Berlin		5	5
Brandenburg		2	2
Bremen	9		9
Hamburg	7		7
Hessen		6	6
Niedersachsen	10		10
Nordrhein-Westfalen	14	7	21
Rheinland-Pfalz	11	1	12
Saarland	1		1
Sachsen		7	7
Sachsen-Anhalt	3		3
Schleswig-Holstein	27		27
Thüringen	3		3
Gesamt	121	37	158

(D)